



Der Widerruf kann nicht mit Rechtsmitteln angefochten werden.

# Menschenschicksale

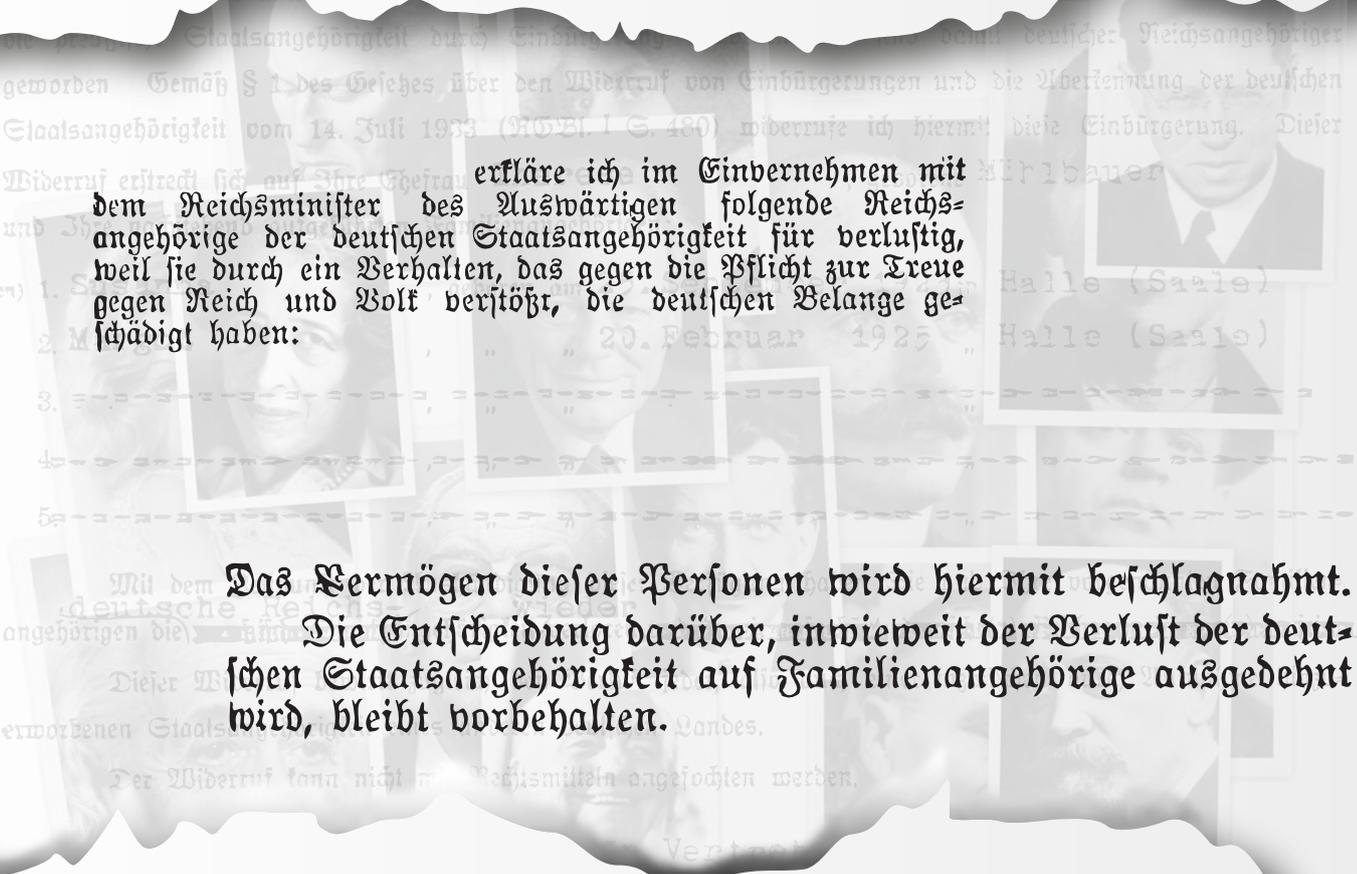
## Die deutsche Staatsangehörigkeit im „Dritten Reich“

**Amliches.**  
**Deutsches Reich.**  
**Beleantmachung.**  
 Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 480) erkläre ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen folgende Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

Dr. Apfel, Alfred, geb. am 12. März 1889;  
 Bernward, Ulrich, geb. am 20. Oktober 1875;  
 Dr. Bretschneider, Rudolf, geb. am 2. November 1874;  
 Cappelain, Eugen, geb. am 25. Juni 1878;  
 Feil, Alfred, geb. am 4. Februar 1890;  
 Feuchtwanger, Lion, geb. am 7. Juli 1884;  
 Dr. Föerster, Friedrich-Wilhelm, geb. am 2. Juni 1899;  
 v. Gerlach, Helmuth, geb. am 2. Februar 1866;  
 Gahlke, Elfrida, gen. Ruth Fischer, geb. am 11. Dezember 1895;  
 Griebmann, Kurt, geb. am 21. Mai 1897;  
 Griefmann, Peter, geb. am 23. Juli 1879;  
 Gumbelz, Emil, geb. am 18. Juli 1891;  
 Hansmann, Wilhelm, geb. am 29. Oktober 1886;  
 Gerdert, Friedrich, geb. am 28. März 1884;  
 Götz, Wolfgang, geb. am 14. Oktober 1888;  
 Dr. Herz, Alfred, geb. am 25. September 1867;  
 Lehmann, August-Bibi, Otto, geb. am 1. Januar 1873;  
 Mann, Heinrich, geb. am 27. März 1871;  
 Westawski, Peter, geb. am 25. April 1893;  
 Wüstenberg, Wilhelm, geb. am 14. August 1889;  
 Humann, Heinz-Bernar, geb. am 6. Juli 1902;  
 Rieder, Wilhelm, geb. am 2. Januar 1870;  
 Solomon, Berthold, gen. Jacob, geb. am 12. Dezember 1899;  
 Schiebemann, Philipp, geb. am 26. Juli 1865;  
 Schwarzchild, Leopold, geb. am 8. Dezember 1891;  
 Sieberts, Max, geb. am 11. Juni 1887;  
 Stampfer, Friedrich, geb. am 8. September 1874;  
 Toller, Ernst, geb. am 1. Dezember 1889;  
 Dr. Zuholski, Kurt, geb. am 9. Januar 1890;  
 Weiß, Bernhard, geb. am 30. Juli 1889;  
 Weismann, Robert, geb. am 2. Juni 1869;  
 Weiß, Otto, geb. am 19. September 1873;  
 Dr. Werthauer, Johann, geb. am 20. Januar 1899.

Das Vermögen dieser Personen wird hiermit beschlagnahmt. Die Entscheidung darüber, inwieweit der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige ausgedehnt wird, bleibt vorbehalten.

Berlin, den 23. August 1933.  
 Der Reichsminister des Innern.  
 F. B. Pfundtner.



erkläre ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen folgende Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

Das Vermögen dieser Personen wird hiermit beschlagnahmt. Die Entscheidung darüber, inwieweit der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige ausgedehnt wird, bleibt vorbehalten.

## Kontakt

Bei Interesse an der Ausstellung Menschenschicksale wenden Sie sich bitte telefonisch an die +49 (0) 22899 358 4166 oder per E-Mail an [Ausstellung-Menschenschicksale@bva.bund.de](mailto:Ausstellung-Menschenschicksale@bva.bund.de).

Unseren Ausstellungsbeauftragten, Herrn Lothar Schulz, erreichen Sie darüber hinaus unmittelbar auch unter der Tel.-Nr. +49 (0) 171 3292231 oder per E-Mail unter [loma@gmx.com](mailto:loma@gmx.com).

Bitte sprechen Sie uns an, wenn Sie die Ausstellung auch in Ihrer Einrichtung zeigen möchten.

Die gesamte Ausstellung umfasst 45 Bildträger. Bei einer Größe von ca. 60 cm x 85 cm (Format DIN A1) werden ca. 45 lfd. Meter Ausstellungs- bzw. Wandfläche benötigt. Sofern keine entsprechende Aufhängevorrichtungen vorhanden sind, sind z. B. Stellwände mit einer Höhe von mindestens ca. 2 Metern erforderlich.

Der Transport und der Auf-/Abbau der Ausstellung erfolgt in der Regel durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverwaltungsamtes. Leihgebühren für die Ausstellung entstehen nicht.

Die Ausstellung ist auch ständig im Hauptgebäude des Bundesverwaltungsamtes zu sehen (bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit - eine Terminabsprache ist erforderlich!).

## Herausgeber

BUNDESVERWALTUNGSAMT

50728 Köln

Stab ÖA – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit –

Telefon: +49 (0) 22899 358-3000

Telefax: +49 (0) 22899 358-2890

E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@bva.bund.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@bva.bund.de)

Internet: [www.bundesverwaltungsamt.de](http://www.bundesverwaltungsamt.de)

Druck: Bundesverwaltungsamt

# Menschenschicksale

## Eine Dokumentation nach Originalakten



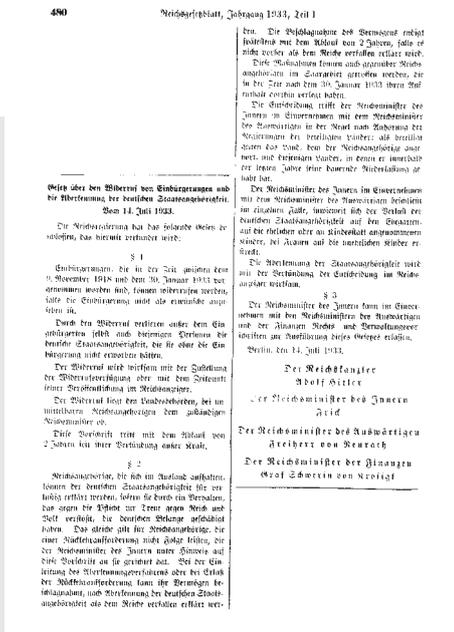
Das Bundesverwaltungsamt (BVA) ist für die Wiedereinbürgerung von im Ausland lebenden ehemaligen Deutschen, denen in der Zeit des Nationalsozialismus die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihren Abkömmlingen zuständig. Im Rahmen dieser staatsangehörigkeitsrechtlichen Wiedergutmachung werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BVA in ihrer täglichen Arbeit die Einzelschicksale der Verfolgung durch die Behörden des "Dritten Reiches" vor Augen geführt. Die Möglichkeit der Wiedereinbürgerung besteht seit 1949 (Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes).

Hieraus entstand dann der Gedanke, diese Thematik mit ihrem sensiblen Inhalt einem breiteren Publikum zu zeigen.

Aus vielen Originaldokumenten wurde daher diese Ausstellung zusammengestellt.

# Menschenschicksale

## Staatsangehörigkeitsrechtlicher Hintergrund



Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit  
RGBl 1933, S. 480

Nach der sogenannten “Machtergreifung” Hitlers am 30. Januar 1933 wurde schon bald das “Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit” vom 14. Juli 1933 erlassen, um die “rasenpolitischen” Ziele durchzusetzen.

Ziel der Ausbürgerungsmaßnahmen dieses Gesetzes waren die in der Weimarer Republik eingebürgerten Juden und die im Ausland lebenden politischen Flüchtlinge.

Die auszugswise dargestellten Einzelschicksale zeigen eindringlich den nationalsozialistischen Rassenwahn und die staatliche Willkür. Die amtlichen Entscheidungen ergingen unter dem prägenden Einfluss der NSDAP nach deren Vorgaben. Die Ausstellung soll den rücksichtslosen Missbrauch des Staatsangehörigkeitsrechts durch die nationalsozialistischen Machthaber aufzeigen.

# Menschenschicksale

## Staatsangehörigkeitsrechtlicher Hintergrund

Auszug aus dem Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14.07.1933 (RGBl I, S. 480) :

*§ 1: “Einbürgerungen, die in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 vorgenommen worden sind, können widerrufen werden, falls die Einbürgerung nicht als erwünscht anzusehen ist.”*

Auszug aus der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 26.07.1933 (RGBl I, S. 538) :

*“Ob eine Einbürgerung als nicht erwünscht anzusehen ist, beurteilt sich nach völkisch-nationalen Grundsätzen. Im Vordergrund stehen die rassistischen, staatsbürgerlichen und kulturellen Gesichtspunkte für eine den Belangen von Reich und Volk zuträgliche Vermehrung der deutschen Bevölkerung durch Einbürgerung. [...] Hiernach kommen für den Widerruf der Einbürgerung insbesondere in Betracht: a) Ostjuden [...]”*

Das Gesetz zielte zusammen mit dem zeitgleich geschaffenen Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens auf die Ausbürgerung der während der Weimarer Republik eingebürgerten Juden und politischen Flüchtlinge sowie auf die Beschlagnahmung ihres Vermögens ab.

Insgesamt wurden mit Hilfe dieses Gesetzes zwischen dem 25. August 1933 und dem 7. April 1945 39.006 Personen namentlich ausgebürgert und ihres Vermögens beraubt.

Darüber hinaus verloren mit der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 alle über die Reichsgrenze deportierten und geflüchteten Juden ihre deutsche Staatsbürgerschaft. Durch diese Massenausbürgerung wurde schätzungsweise 250.000 bis 280.000 deutschen Juden automatisch ihre deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt und ihr Vermögen eingezogen.

# Menschenschicksale

## Ausbürgerung

**Ausbürgerung**

Der Begriff **Ausbürgerung** steht für die Aberkennung bzw. den Entzug der Staatsbürgerschaft. Besitzt die Person keine weitere Staatsangehörigkeit, so wird sie staatenlos.

Heute ist gemäß Art. 16 Abs. 1 Grundgesetz die **Ausbürgerung** in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich verboten. Die Staatsangehörigkeit darf demnach nur auf Grund eines Gesetzes entzogen werden und zudem gegen den Willen des Betroffenen nur dann erfolgen, wenn er dadurch nicht staatenlos wird.

### Die Ausbürgerung von Juden und politischen Gegnern im Dritten Reich

Die Ausbürgerung war eines der juristischen Kernstücke der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik gegen Juden und politische Gegner und hat einen großen Teil des Lebens jüdischer und politischer Gegner im NS-Staat zerstört.

**„Judenbörse“** - Die jüdische Bevölkerung wurde in Konzentrationslagern eingesperrt, um sie zu deportieren. In den Konzentrationslagern wurden sie in Ghettos eingesperrt, um sie zu deportieren.

Am 15. März 1943 fand die sogenannte „**Aktion Reinhold**“ statt, bei der die jüdische Bevölkerung von Warschau in das Konzentrationslager Treblinka deportiert wurde.

Die Ausbürgerung von Juden und politischen Gegnern im Dritten Reich war ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik.

Die Ausbürgerung von Juden und politischen Gegnern im Dritten Reich war ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik.

Die Ausbürgerung von Juden und politischen Gegnern im Dritten Reich war ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik.

Die Ausbürgerung von Juden und politischen Gegnern im Dritten Reich war ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik.

**Deportation of Jews from the Warsaw Ghetto to Treblinka**

Year	Number of People
1942	~10,000
1943	~100,000

Die Ausbürgerung von Juden und politischen Gegnern im Dritten Reich war ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik.

Der Begriff Ausbürgerung steht für die Aberkennung bzw. den Entzug der Staatsbürgerschaft. Besitzt die Person keine weitere Staatsangehörigkeit, so wird sie staatenlos. Heute ist gemäß Artikel 16 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz die Ausbürgerung in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich verboten. Die Staatsangehörigkeit darf demnach nur auf Grund eines Gesetzes entzogen werden und zudem gegen den Willen des Betroffenen nur dann erfolgen, wenn er dadurch nicht staatenlos wird.

# Menschenschicksale

## Wiedergutmachung



Die Ausstellung weist auch auf die staatsangehörigkeitsrechtliche Wiedergutmachung durch die Bundesrepublik Deutschland hin. Die deutschen Staatsangehörigkeitsbehörden haben in den Jahren 1949 bis Oktober 2010 168.881 Menschen nach Art. 116 Absatz 2 Grundgesetz wiedereingebürgert. In fast allen Fällen waren die Ausbürgerungsmaßnahmen des Dritten Reiches auf Grund des im Bundesverwaltungsamt systematisch ausgewerteten Materials nachweisbar. Die Ausstellung zeigt auch hierfür Beispiele.

# Ausbürgerung

## Erste Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs

Mit der Ersten Ausbürgerungsliste, die am 25. August 1933 im Deutschen Reichsanzeiger erschien - und der bis zum 7. April 1945 358 weitere Listen folgten - wurde 33 Deutschen die Staatsbürgerschaft aberkannt, darunter prominenten Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid, Philipp Scheidemann und Otto Wels und Schriftstellern wie Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Kurt Tucholsky.



Am 14. Juli 1933 - vier Monate nach dem „Ermächtigungsgesetz“ - wurde das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ im Reichsgesetzblatt verkündet. Personen, die ins Exil gehen mussten, konnten „der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben“ (§ 2 des Gesetzes).

Das federführende Innenministerium drängte zur Eile und wollte die ersten „Staatsfeinde“ so schnell wie möglich ausbürgern. Das Auswärtige Amt hatte bis auf eine Ausnahme keine Einwände. So erschien die erste Ausbürgerungsliste bereits am 25. August 1933. Mit dieser Liste entzog die nationalsozialistisch geführte Regierung den ersten 33 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft und machte sie somit staatenlos.

Die Publikation im Deutschen Reichsanzeiger zog großes öffentliches Aufsehen nach sich, was die Machthaber auch kalkuliert hatten. Schließlich zielte die öffentliche Ausbürgerung auf „eine abschreckende Wirkung auf die gegen das nationale Deutschland gerichtete [...] Wühlarbeit“ ab.

# Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger.



Ercheint an jedem Wochentag abends. **Bezugspreis** durch die Post monatlich 2,30 *RM* einschließlich 0,48 *RM* Zeitungsgebühr, aber ohne Postgeld; für Selbstabholer bei der Geschäftsstelle 1,90 *RM* monatlich. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an, in Berlin für Selbstabholer die Geschäftsstelle SW 48, Wilhelmstraße 32. Einzelne Nummern kosten 30 *RM*, einzelne Beilagen 10 *RM*. Sie werden nur gegen Barzahlung oder vorherige Einzahlung des Betrages einschließlich des Postes abgegeben. Fernsprecher: F5 Wegmann 7573.

**Anzeigenpreis** für den Raum einer fünfzeiligen Petitzeile 1,10 *RM*, einer dreizehnlängigen Einzelzeile 1,85 *RM*. Anzeigen nimmt an die Geschäftsstelle Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32. Alle Druckaufträge sind auf einseitig beschriebenen Papier völlig druckreif einzuliefern, insbesondere ist darin auch anzugeben, welche Worte etwa durch Fettdruck (einmal unterstrichen) oder durch Sperrdruck (besonderer Wert am Rande) hervorgehoben werden sollen. **Befreierte** Anzeigen müssen 4 Tage vor dem Einrückungstermin bei der Geschäftsstelle eingegangen sein.

**Nr. 198. Reichsbankprotokoll. Berlin, Freitag, den 25. August, abends. Postcheckkonto: Berlin 41821. 1933**

## Inhalt des amtlichen Teiles.

### Deutsches Reich.

Bekanntmachung des Reichsministers des Innern, betreffend Auerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit.  
Verordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung der Wechselsteuer. Vom 23. August 1933.  
Bekanntmachung über den Londoner Goldpreis.  
Bekanntmachung über allgemeine Erhöhung des Jahresformbrennrechts.  
Filmverbot.

### Preußen.

Bekanntmachung des Polizeipräsidenten in Berlin, Abteilung IV, betreffend Beschlagnahme eines Waidbüchses.  
Aufhebung eines Zeitungsverbot.  
Bekanntmachung des Regierungspäsidenten in Frankfurt, Ober, betreffend die Einziehung von Grundstücken zugunsten des Landes Preußen.

## Amthliches.

### Deutsches Reich.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Auerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 480) erkläre ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen folgende Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für beurlaubt, weil sie durch ein Verbalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange gefährdet haben:

- Dr. Appfel, Alfred, geb. am 12. März 1892;
- Wernhard, Georg, geb. am 20. Oktober 1875;
- Dr. Breitfeld, Rudolf, geb. am 2. November 1874;
- Eppstein, Eugen, geb. am 25. Juni 1878;
- Falk, Alfred, geb. am 4. Februar 1896;
- Fenchling, Lion, geb. am 7. Juli 1884;
- Dr. Foerster, Friedrich-Wilhelm, geb. am 2. Juni 1863;
- W. Gerlach, Helmuth, geb. am 2. Februar 1866;
- Gohlke, Elfriede, gen. Ruth Fischer, geb. am 11. Dezember 1895;
- Großmann, Kurt, geb. am 21. Mai 1897;
- Grzefinski, Albert, geb. am 23. Juli 1879;
- Gumbel, Emil, geb. am 18. Juli 1891;
- Hansmann, Wilhelm, geb. am 29. Oktober 1886;
- Hedert, Friedrich, geb. am 28. März 1884;
- Höls, Max, geb. am 14. Oktober 1889;
- Dr. Kerr, Alfred, geb. am 25. Dezember 1867;
- Lehmann-Wußbüdt, Otto, geb. am 1. Januar 1873;
- Mann, Heinrich, geb. am 27. März 1871;
- Maslowski, Peter, geb. am 25. April 1893;
- Münzberg, Wilhelm, geb. am 14. August 1889;
- Neumann, Heinz-Werner, geb. am 6. Juli 1902;
- Pied, Wilhelm, geb. am 3. Januar 1876;
- Salomon, Bertold, gen. Jacob, geb. am 12. Dezember 1898;
- Scheidemann, Philipp, geb. am 26. Juli 1865;
- Schwarzschild, Leopold, geb. am 8. Dezember 1891;
- Siebers, Max, geb. am 11. Juli 1887;
- Stämpfer, Friedrich, geb. am 8. September 1874;
- Zoller, Ernst, geb. am 1. Dezember 1893;
- Dr. Tscholski, Kurt, geb. am 9. Januar 1890;
- Weiß, Wernhard, geb. am 30. Juli 1880;
- Wielmann, Robert, geb. am 3. Juni 1869;
- Wels, Otto, geb. am 19. September 1873;
- Dr. Werthauer, Johann, geb. am 20. Januar 1866.

Das Vermögen dieser Personen wird hiermit beschlagnahmt. Die Entscheidung darüber, inwiefern der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Familienangehörige ausgedehnt wird, bleibt vorbehalten.

Berlin, den 23. August 1933.

Der Reichsminister des Innern.  
J. W. Pfundtner.

#### Verordnung

über die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung der Wechselsteuer.  
Vom 23. August 1933.

Auf Grund von § 8 Abs. 2, § 25 des Wechselsteuergesetzes vom 12. Juli 1930 wird folgendes bestimmt:

### § 1.

Der Umrechnung bei in einer anderen als der Reichswährung ausgedrückten Wechselsummen sind bei der Berechnung der Wechselsteuer für die nachfolgenden Währungen die dabei angegebenen Mittelwerte zugrunde zu legen:

Ägypten	1 Pfund	14,30 <i>RM</i>
Argentinien	1 Papierpeso (= 0,44 Goldpeso)	0,90
Belgien	1 Belga (= 5 belg. Francs)	0,58
Brasilien	1 Millreis	0,24
Britisch-Hongkong	1 Dollar	1,-
Britisch-Indien	1 Rupie	1,10
Britisch-Strait Settlements	1 Dollar	1,70
Bulgarien	1 Lev	0,03
Canada	1 Dollar	2,90
China	1 Piao	0,25
Dänemark	1 Krone	0,65
Danzig	1 Gulden	0,80
Estland	1 Krone	0,70
Finnland	1 Mark	0,08
Frankreich	1 Franc	0,16
Griechenland	1 Drachme	0,025
Großbritannien	1 Pfund Sterling	13,90
Holland	1 Gulden	1,70
Italien	1 Lira	0,22
Japan	1 Yen	0,85
Jugoslawien	1 Dinar	0,05
Letland	1 Lat	0,75
Litauen	1 Litas	0,42
Luxemburg	1 Franc	0,12
Mexico	1 Pavo	0,85
Norwegen	1 Krone	0,70
Oesterreich	1 Schilling	0,48
Peru	1 Sol	0,65
Polen	1 Zloty	0,47
Portugal	1 Escudo	0,13
Rumänien	1 Leu	0,025
Schweden	1 Krone	0,80
Schweiz	1 Franc	0,35
Spanien	1 Pesta	0,35
Tschechoslowakei	1 Krone	0,125
Türkei	1 Pfund	2,-
Ungarn	1 Pengo	0,73
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	1 neuer Rubel (1/10 alter Wozne)	2,16
Uruguay	1 Pavo	1,45
Vereinigte Staaten von Amerika	1 Dollar	3,10

### § 2.

Andere als die im § 1 bezeichneten Währungen werden nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 der Ausführungsverordnungen zum Wechselsteuergesetz vom 20. November 1930 (Reichsministerialbl. S. 651) umgerechnet.

### § 3.

Die Verordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung der Wechselsteuer vom 1. Juni 1933 (Reichsministerialbl. S. 302) wird aufgehoben.

### § 4.

Diese Verordnung tritt am 1. September 1933 in Kraft.

Berlin, den 23. August 1933.

Der Reichsminister der Finanzen.

J. M. Hedding.

### Bekanntmachung

über den Londoner Goldpreis gemäß § 1 der Verordnung vom 10. Oktober 1931 zur Venderung der Wertberechnung von Hypotheken und sonstigen Ansprüchen, die auf feingold (Goldmark) lauten (RGBl. I S. 569).

Der Londoner Goldpreis beträgt am 25. August 1933 für eine Unze feingold = 126 sh 2 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 25. August 1933 = *RM* 86,8342, für ein Gramm feingold demnach = *denos* 48,6762, in deutsche Währung umgerechnet = *RM* 2,79178.

Berlin, den 25. August 1933.

Statistische Abteilung der Reichsbank.

Speer.

### Bekanntmachung

über allgemeine Erhöhung des Jahresformbrennrechts.

Auf Grund der mit durch den Beirat in der Sitzung am 24. September 1932 erteilten Ermächtigung bestimme ich unter Abänderung der Ziffer 1b meiner Bekanntmachung vom 26. September 1932 - V 7102 - 2897 II a - folgendes: Innerhalb des Jahresbrennrechts wird mit rückwirkender Kraft für das Betriebsjahr 1932/33 das besondere Jahresbrennrecht für die Herstellung von Brennwein (Jahresformbrennrecht) mit der in § 82 a des Branntweinsteuergesetzes vorgesehenen Wirkung auf 25 Hundertteil des regelmäßigen für die Verarbeitung von Korn geltenden Brennrechts erhöht.

monopolgesetzes vorgesehenen Wirkung auf 25 Hundertteil des regelmäßigen für die Verarbeitung von Korn geltenden Brennrechts erhöht.

Berlin, den 24. August 1933.

Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.  
Nebelung.

### Filmverbot.

Die öffentliche Vorführung des Bildstreifens: „Red Dust (Die gelbe Hölle)“, 9 Akte - 2297 m, Antragsteller: Metro-Goldwyn-Mayer Film A. G., Berlin, Hersteller: Metro-Goldwyn-Mayer, America, ist am 22. August 1933 unter Prüfnummer 34 333 verboten worden.

Berlin, den 24. August 1933.

Der Leiter der Filmprüfstelle.  
Zimmermann.

### Preußen.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 7 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 habe ich das Bilderbuch „Eble N ä ä t h e i t“, 20 photographische Aufnahmen von Lotte Herlich, 1. Band, verlegt vom Aurora-Verlag, Dresden-Weinböhla, in Preußen wegen Gefährdung von Sittlichkeit und Anstand beschlagnahmt.

Berlin, den 21. August 1933.

Der Polizeipräsident in Berlin.  
J. M. Vorwerk.

#### Bekanntmachung.

Das am 17. August 1933 auf Grund des § 9 Abs. 1 Ziffer 5 und 7 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (RGBl. Nr. 8 S. 35 ff.) ausgesprochene Verbot der in Berlin erscheinenden periodischen Zeitschrift „N ä d i c h e A n n u n d s c h a u“ wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Berlin, den 24. August 1933.

Geheimes Staatspolizeiamt.

J. B. Volk.

#### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 (RGBl. I S. 293) in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 479) und der Preuß. Ausführungsverordnung vom 31. Mai 1933 (Gesetzamtl. S. 207) wird das Eigentum an den Grundstücken

Band II Blatt 152 / Band I Blatt 4 im Grundbuch von Cottbus Spremberg, Vorstadt,

Band IV Blatt 140 / Band V Blatt 152 im Grundbuch von Klettnow, Eigentümerin: „Märkische Volksstimme G. m. b. H.“, Cottbus,

Band II Blatt 72 im Grundbuch von Forst, Amtsbezirk Stadtkreis Forst, Eigentümerin: „Laufener Volkszeitung und Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.“ in Forst,

Band XII Blatt 158 im Grundbuch von Frankfurt (Oder) Stadt, Eigentümerin: „Frankfurter Verlagsgesellschaft m. b. H.“ in Frankfurt (Oder),

Band III Blatt 84 im Grundbuch von Landsberg a. d. W. Mühl, Forst, Kreis Landsberg a. d. W., Eigentümerin: „G. m. b. H. Neumarkisches Volksblatt“ in Landsberg a. d. W.

dadurch zugunsten des Preussischen Staates, vertreten durch den Preussischen Minister des Innern in Berlin, eingezogen, daß die Grundstücke der dem Preuß. Staat als Inhaber aller Aktien allein gehörigen Konzentrationen-Aktien-Gesellschaft in Berlin SW 68, Lindenstraße 3, übereignet werden.

Frankfurt (Oder), den 17. August 1933.

Der Regierungspräsident.

J. M. Martinus.

## Nichtamtliches.

### Aus der Preussischen Verwaltung.

Wiederherstellung aufgelöster Landkreise.  
Das Gesetz über die Wiederherstellung aufgelöster Landkreise tritt am 1. 10. 1933 in Kraft.ämtliche beteiligten Behörden

# Lion Feuchtwanger

Feuchtwanger galt den Nationalsozialisten als einer ihrer intellektuellen Hauptgegner

The screenshot shows a Wikipedia article titled "Lion Feuchtwanger". It includes a portrait of Feuchtwanger and a timeline of his life and works. The timeline entries are as follows:

- 1884** **Lion Feuchtwanger** (\* 7. Juli 1884 in München; † 21. Dezember 1958 in Los Angeles) war ein deutscher Schriftsteller jüdischer Herkunft und einer der meistgelesenen deutschsprachigen Autoren des 20. Jahrhunderts.
- 1909** **Katholikentag in Regensburg** „Jude Feuchtwanger“ übertrug seine Rede an der Katholikentag in Regensburg. Seine Rede wurde als „Jude Feuchtwanger“ bezeichnet.
- 1920** **„Gespräche mit dem Ewigen Juden“** erschien in dem satirischen Text „Gespräche mit dem Ewigen Juden“ als Vision, was später als Folge antisemitischen Rassenwahns Wirklichkeit wird.
- 1932** **Im November 1932** brach er zu Vorträgen nach London und in die USA auf. Die nationalsozialistische Machtergreifung Ende Januar 1933 machte seine Rückkehr nach Deutschland unmöglich, denn Feuchtwanger galt den Nationalsozialisten als einer ihrer intellektuellen Hauptgegner. Seine Bücher wurden ein Opfer der Bücherverbrennung 1933. Sein Name tauchte in der Ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs vom 23. August 1933 auf.
- 1934** **Der Ewige Jude** wurde von den Nationalsozialisten als „jüdisches Propagandabuch“ bezeichnet und wurde 1933 in Deutschland verbrannt.
- 1938** **Der Ewige Jude** wurde von den Nationalsozialisten als „jüdisches Propagandabuch“ bezeichnet und wurde 1933 in Deutschland verbrannt.
- 1958** **20. Dezember** Lion Feuchtwanger starb in Los Angeles.

Lion Feuchtwanger (\* 7. Juli 1884 in München; † 21. Dezember 1958 in Los Angeles) war ein deutscher Schriftsteller jüdischer Herkunft und einer der meistgelesenen deutschsprachigen Autoren des 20. Jahrhunderts.

Feuchtwanger erkannte sehr hellsichtig als einer der ersten die Gefahren durch Hitler und die NSDAP. Bereits 1920 erscheint in dem satirischen Text "Gespräche mit dem Ewigen Juden" als Vision, was später als Folge antisemitischen Rassenwahns Wirklichkeit wird.

Im November 1932 brach er zu Vorträgen nach London und in die USA auf. Die nationalsozialistische Machtergreifung Ende Januar 1933 machte seine Rückkehr nach Deutschland unmöglich, denn Feuchtwanger galt den Nationalsozialisten als einer ihrer intellektuellen Hauptgegner. Seine Bücher wurden ein Opfer der Bücherverbrennung 1933. Sein Name tauchte in der Ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs vom 23. August 1933 auf.

# Wilhelm Pieck

## Verfolgung deutscher Kommunisten

**■ Wilhelm Pieck**

**Friedrich Wilhelm Reinhold Pieck** (\* 3. Januar 1876 in Guben; † 7. September 1960 in Berlin)

1.7. September 1960 (74-jährig) in der DDR in Berlin. Begräbnis: Kommunismusfriedhof (heute Gedenkstätte der Sozialisten) in Berlin. Er war 60 Tage lang der erste und einzige Präsident der DDR.

1904-1909: Er war einer der ersten inhaftierten Mitglieder der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1904 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1904 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1904 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1905-1910: Von 1905 bis 1910 war Pieck in Guben inhaftiert. Er wurde am 1. März 1905 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1905 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1910-1914: Pieck (1910-1914) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1910 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1910 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1914-1918: Pieck (1914-1918) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1914 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1914 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1918-1920: Pieck (1918-1920) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1918 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1918 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1920-1924: Pieck (1920-1924) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1920 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1920 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1924-1928: Pieck (1924-1928) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1924 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1924 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1928-1932: Pieck (1928-1932) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1928 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1928 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1932-1936: Pieck (1932-1936) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1932 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1932 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1936-1940: Pieck (1936-1940) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1936 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1936 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1940-1944: Pieck (1940-1944) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1940 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1940 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1944-1948: Pieck (1944-1948) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1944 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1944 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1948-1952: Pieck (1948-1952) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1948 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1948 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1952-1956: Pieck (1952-1956) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1952 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1952 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.

1956-1960: Pieck (1956-1960) war Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Guben. Er wurde am 1. März 1956 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht. Er wurde am 1. März 1956 in Guben verhaftet und in das Gefängnis in Guben gebracht.



Wilhelm Pieck



Deutscher Volksanzeiger  
Brennender Staatsanzeiger

Friedrich Wilhelm Reinhold Pieck (\* 3. Januar 1876 in Guben; † 7. September 1960 in Berlin) war ein deutscher Politiker, Sozialdemokrat und später Kommunist. Er war Mitbegründer der SED und von 1949 bis zu seinem Tode 1960 der erste und einzige Präsident der DDR.

Nach der Machtergreifung von Adolf Hitler 1933 und der einsetzenden Verfolgung deutscher Kommunisten wird Wilhelm Pieck nach der Verhaftung von Ernst Thälmann im März 1933 als dessen Stellvertreter mit dem Parteivorsitz beauftragt. Bereits im Mai muss er jedoch nach Paris ins Exil gehen.

Pieck wurde ebenfalls in der von den Nationalsozialisten im August 1933 veröffentlichten Ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs genannt.

# Philipp Scheidemann

## Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zur Flucht ins Ausland genötigt

**Philipp Scheidemann**

Philipp Heinrich Scheidemann (\* 26. Juli 1865 in Kassel; † 29. November 1939 in Kopenhagen) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker und Publizist.

Zur Biografie des Politikers siehe auch die Wikipedia-Artikel: Philipp Scheidemann, Reichspräsident Scheidemann und Reichspräsident Scheidemann.

**1865** Er wird als drittes von vier Kindern des Fabrikanten Philipp Heinrich Scheidemann und seiner Frau Johanna geboren. Er ist der jüngere Bruder des Reichspräsidenten Friedrich Ebert.

**1881** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1884** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1885** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1886** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1887** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1888** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1889** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1890** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1891** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1892** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1893** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1894** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1895** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1896** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1897** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1898** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1899** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1900** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1901** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1902** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1903** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1904** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1905** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1906** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1907** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1908** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1909** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1910** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1911** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1912** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1913** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1914** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1915** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1916** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1917** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1918** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1919** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1920** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1921** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1922** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1923** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1924** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1925** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1926** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1927** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1928** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1929** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1930** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1931** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1932** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1933** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1934** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1935** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1936** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1937** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1938** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.

**1939** Scheidemann wird Mitglied der SPD in Kassel.



Philipp Scheidemann



Scheidemann spricht von der Reichstagskuppel

Philipp Heinrich Scheidemann (\* 26. Juli 1865 in Kassel; † 29. November 1939 in Kopenhagen) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker und Publizist.

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts war er einer der herausragenden Protagonisten und Repräsentanten seiner Partei und der Weimarer Republik. Während der Novemberrevolution am 9. November 1918 verkündete Scheidemann von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus den Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreichs und proklamierte die Deutsche Republik. 1919 wurde er von der in Weimar tagenden Nationalversammlung zum Reichsministerpräsidenten (Regierungschef) gewählt.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurde Scheidemann massiv bedroht. Er stand auf der von den Nationalsozialisten im August 1933 veröffentlichten Ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs. Scheidemann verließ Deutschland und emigrierte zunächst nach Prag, ehe er über die Schweiz, Frankreich und die USA nach Dänemark gelangte. Obwohl sich seine gesundheitliche Lage verschlechterte, beobachtete er die Entwicklung in Deutschland aufmerksam und veröffentlichte unter einem Pseudonym Beiträge in der dänischen Arbeiterpresse.



# Otto Wels

“Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.”

Otto Wels (\* 15. September 1873 in Berlin; † 16. September 1939 in Paris) war ein sozialdemokratischer Politiker. Er ging als derjenige Reichstagsabgeordnete in die Geschichte ein, der am 23. März 1933 in der letzten freien Reichstagsrede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten argumentierte und die Ablehnung durch die SPD begründete.

In dieser Rede sagte er u.a.:

*“... Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. ...*

*Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. ... Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut ihre ungebrochene Zuversicht - (Lachen bei den Nationalsozialisten.) (Bravo! Bei den Sozialdemokraten.) verbürgen eine hellere Zukunft. (Wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.) (Lachen bei den Nationalsozialisten.)”*

Die wahre Bedeutung dieses Satzes wurde vielen erst in den kommenden Wochen und Monaten klar.

Wels wurde ebenfalls in der von den Nationalsozialisten im August 1933 veröffentlichten Ersten Ausbürgerungsliste des Deutschen Reichs genannt.



# Widerruf einer Einbürgerung

“Seine Aufnahme in die deutsche Volksgemeinschaft ist auch nach völkisch-nationalen Grundsätzen als unerwünscht anzusehen.”



Der aus Bosnien (seinerzeit Österreich) stammende, seit 1910 in Berlin lebende jüdische Zahnarzt Dr. Zerkowitz erwarb im Jahre 1928 mit seiner Familie die preußische Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung.

Im Jahre 1934 ordnete der Preußische Minister des Innern ein Verfahren auf Widerruf der Einbürgerung an, da er sich „durch ein dem Wohle von Volk und Staat abträgliches Verhalten der Aufnahme in den Staatsverband unwürdig gezeigt“ hat. „Seine Aufnahme in die deutsche Volksgemeinschaft ist auch nach völkisch-nationalen Grundsätzen als unerwünscht anzusehen.“

Die rechtmäßige Verfolgung jedenfalls teilweise begründeter Ansprüche wurde als „erpresserisches“ und „von rücksichtslosem Eigennutz diktiert“ Verhalten gewertet, das seine typische ostjüdische Einstellung offenbare.

Bitschreiben der nichtjüdischen Ehefrau, u. a. an Magda Goebbels, Ehefrau des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda, bleiben erfolglos.

# Erbbiologische Überprüfung

## Der "Ariernachweis" als Nachweis der Abstammung von der "arischen Volksgemeinschaft"



Im Jahre 1934 beantragte der österreichische Kolonialwarenhändler Peter N., geboren am 30. Juli 1876 in Gratkorn (in der Steiermark, Österreich), für sich und seine Familie die Einbürgerung. Es wurde dafür ein "Ariernachweis" gefordert.

Im vorliegenden Fall war es dem Betroffenen nicht möglich, durch Unterlagen des Pfarramtes zu belegen, dass seine Großmutter mütterlicherseits arischer Abstammung war. Es wurde daher ein Gutachten über die "erbbiologischen" und "rassischen" Eigenschaften des Einbürgerungsbewerbers erstellt.

Da die Untersuchungen Peter N. nach "körperbaulicher Zusammensetzung" und "Rassenmerkmalen" als "zweifelsfrei arischen Menschen" erwiesen, stand seiner Einbürgerung am 18. Januar 1935 nichts mehr im Wege.

### "Ariernachweis"

Der "Ariernachweis" (umgangssprachlich auch "Arierschein") sollte die Abstammung von der "arischen Volksgemeinschaft" beweisen. Dies verlangten deutsche Staatsbehörden in der Zeit des Nationalsozialismus von Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst, darunter Wissenschaftlern an deutschen Hochschulen. Entsprechende Nachweise verlangten auch Berufsverbände, viele Unternehmen und ein Teil der Kirchen als Zugangsvoraussetzung für eine Anstellung.

# Vertreibung

## Vertreibung der Familie B. aus Erfurt



Der Erfurter Bürger Ruben B. bittet in einem Schreiben vom 13. Februar 1934 an den Polizeipräsidenten um Aufrechterhaltung der deutschen Staatsangehörigkeit. Nur wenige Tage später entscheidet der Regierungspräsident über die Ausbürgerung der Familie B.

Jenny M.

## 1932 Einbürgerung - 1934 Widerruf der Einbürgerung - 1984 Wiedereinbürgerung



Im Dezember 1932 hatte Jenny M. die preußische Staatsangehörigkeit und damit die Reichsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben.

1934 erfolgte der Widerruf der Einbürgerung auf Grundlage des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933. Hiernach konnte Personen, die nach dem Ersten Weltkrieg zugewandert waren, nachträglich die zwischenzeitlich erworbene deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt werden. Flüchtlingen, die sich im Ausland aufhielten, konnte neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch das Vermögen entzogen werden.

Im Jahre 1984 wurde Frau Jenny G. geb. M. auf Antrag durch das Bundesverwaltungsamt wieder eingebürgert.

# Arthur M.

## 1932 Einbürgerung - 1934 Widerruf der Einbürgerung - 1982 Wiedereinbürgerung



Arthur M. wurde im Jahre 1932 Deutscher durch Einbürgerung. Mit Wirkung vom 10. Dezember 1934 erfolgte der Widerruf der Einbürgerung.

Im Jahre 1982 ließ sich Arthur M. wieder in den deutschen Staatsverband einbürgern.

# Bertolt Brecht

“... Seine Machwerke ... zeugen von niedrigster Gesinnung.”

The collage consists of three pages from a German newspaper. The left page features a black and white portrait of Bertolt Brecht and a list of dates and events related to his life and work. The middle page is a newspaper clipping titled "8.6.1935: Künstler ausgebürgert" (8.6.1935: Artists Expelled) with a red border, containing text about the artist's expulsion. The right page is another newspaper clipping with a red border, containing text about the artist's expulsion.

Bertolt Brecht (gebürtig Eugen Berthold Friedrich Brecht; \* 10. Februar 1898 in Augsburg; † 14. August 1956 in Berlin) wird als einflussreichster deutscher Dramatiker und Lyriker des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Er ist auch international für seine Werke angesehen und ausgezeichnet worden.

Brecht verlor die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund seiner “deutschfeindlichen” Artikel und Gedichte.

## 08.06.1935 Künstler ausgebürgert

Das Reichsministerium des Innern unter Wilhelm Frick gibt am 8. Juni 1935 im Einvernehmen mit dem Reichsministerium des Auswärtigen eine Ausbürgerungsliste von 41 Personen bekannt, die gegen die “Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk” verstoßen haben und sich bereits im Exil befinden (sog. Vierte Ausbürgerungsliste). Darunter befinden sich Prominente wie Erika Mann, Bertolt Brecht oder oppositionelle Journalisten wie Karl Höltermann und der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Rudolf Hilferding sowie der spätere SPD-Vorsitzende und Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag Erich Ollenhauer.

## 28.02.1933: Brecht flieht aus Deutschland

Als der Schriftsteller Bertolt Brecht am Morgen des 28. Februar 1933 Deutschland verließ, war das keine Zeitungsmeldung. Zum einen hatte er seine Flucht nicht an die große Glocke gehängt, und zum anderen waren die Schlagzeilen dieses Tages von einem anderen Ereignis bestimmt.



# Thomas Mann

## Er zählte zu den wichtigsten prominenten Gegnern des Nationalsozialismus

**Thomas Mann**

Paul Thomas Mann (\* 6. Juni 1875 in Lübeck; † 12. August 1955 in Zürich, Schweiz)

1918 Mann kehrt nach Deutschland zurück

1936 Nach dreijähriger Zurückhaltung in politischen Fragen erscheint 1936 Thomas Manns öffentliche Absage an das nationalsozialistische Deutschland in der "Neuen Zürcher Zeitung"

1941 Nach seiner Rückkehr in Deutschland wird ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt und das Bonner Ehrendoktorat entzogen, das ihm 1919 verliehen wurde

1951 Mann erhält den Nobelpreis für Literatur

**„Antwort erwogen“ - Briefwechsel mit Bonn**

1937 Antwort auf die Aufforderung der Bonner Regierung, Manns Ehrendoktorat zurückzugeben

1936 Aberkennung des Bonner Ehrendoktorats

Paul Thomas Mann (\* 6. Juni 1875 in Lübeck; † 12. August 1955 in Zürich, Schweiz) war ein deutscher Schriftsteller.

Er zählte zu den wichtigsten prominenten Gegnern des Nationalsozialismus, und seine Stimme hatte wegen seines hohen Ansehens im Ausland großes Gewicht, aber seine zahlreichen Appelle verhallten ungehört.

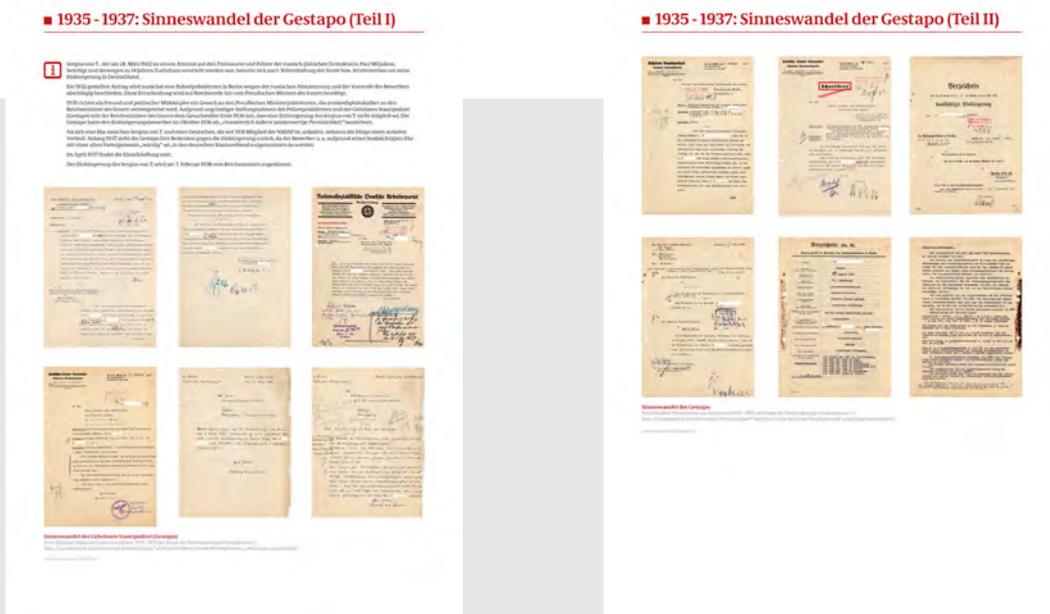
Im Dezember 1936 Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft und Entzug des Bonner Ehrendoktorats, das ihm 1919 verliehen wurde.

### “Antwort erwogen” - Briefwechsel mit Bonn

Nach dreijähriger Zurückhaltung in politischen Fragen erscheint 1936 Thomas Manns öffentliche Absage an das nationalsozialistische Deutschland in der “Neuen Zürcher Zeitung”. Im Dezember desselben Jahres wird ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt und das Bonner Ehrendoktorat entzogen, das ihm 1919 verliehen wurde. Mann antwortet darauf 1937 mit seinem “Briefwechsel mit Bonn”, der in fast allen europäischen Ländern erscheint. In Deutschland wird er in einer Tarnausgabe als “Briefe deutscher Klassiker. Wege zum Wissen” veröffentlicht.

# Sinneswandel der Gestapo

“charakterlich äußerst minderwertige Persönlichkeit”



Sergius von T., der am 28. März 1922 an einem Attentat auf den “Freimaurer und Führer der russisch-jüdischen Demokratie”, Paul Miljukow, beteiligt und deswegen zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, bemüht sich nach Teilverbüßung der Strafe bzw. Strafresterlass um seine Einbürgerung in Deutschland.

Ein 1932 gestellter Antrag wird zunächst wegen der russischen Abstammung und der Vorstrafe abschlägig beschieden. Diese Entscheidung wird auf Beschwerde hin vom Preußischen Minister des Innern bestätigt.

1935 richtet ein Freund und politischer Mitkämpfer ein Gesuch an den Preußischen Ministerpräsidenten, das zuständigkeitshalber an den Reichsminister des Innern weitergeleitet wird. Aufgrund ungünstiger Stellungnahmen des Polizeipräsidenten und der Geheimen Staatspolizei teilt der Reichsminister des Innern dem Gesuchsteller Ende 1936 mit, dass eine Einbürgerung des Sergius von T. nicht möglich sei. Die Gestapo hatte den Einbürgerungsbewerber im Oktober 1936 als “charakterlich äußerst minderwertige Persönlichkeit” bezeichnet.

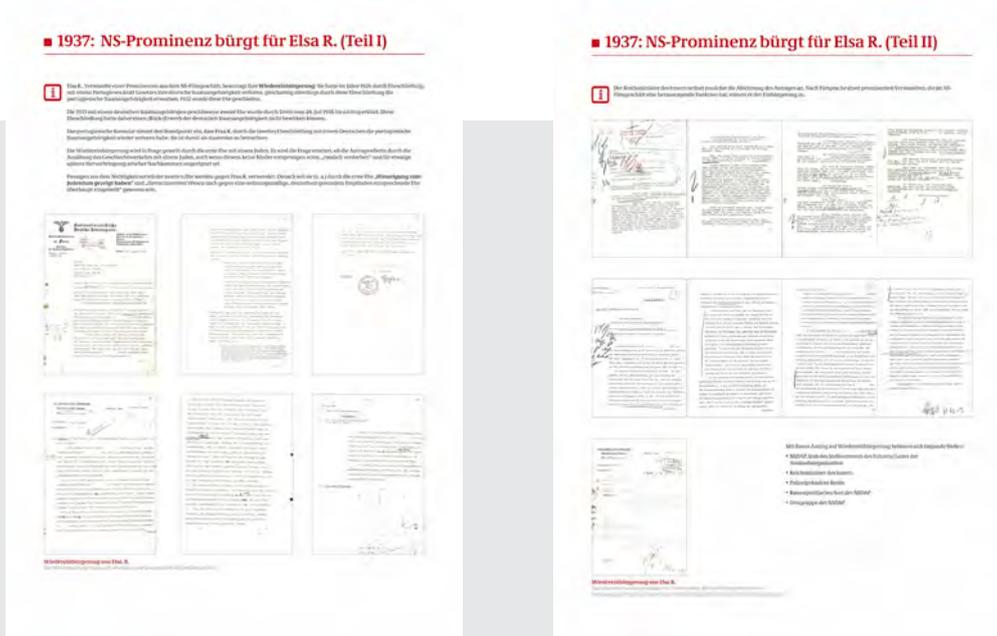
Als sich eine Ehe zwischen Sergius von T. und einer Deutschen, die seit 1931 Mitglied der NSDAP ist, anbahnt, nehmen die Dinge einen anderen Verlauf: Anfang 1937 zieht die Gestapo ihre Bedenken gegen die Einbürgerung zurück, da der Bewerber u. a. aufgrund seiner beabsichtigten Ehe mit einer alten Parteigenossin “würdig” sei, in den deutschen Staatsverband aufgenommen zu werden.

Im April 1937 findet die Eheschließung statt.

Der Einbürgerung des Sergius von T. wird am 7. Februar 1938 vom Reichsminister zugestimmt.

# Elsa R.

## NS-Prominenz bürgt für Elsa R.



Elsa R., Verwandte einer Prominenten aus dem NS-Filmgeschäft, beantragt ihre Wiedereinbürgerung: Sie hatte im Jahre 1926 durch Eheschließung mit einem Portugiesen kraft Gesetzes ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren, gleichzeitig allerdings durch diese Eheschließung die portugiesische Staatsangehörigkeit erworben. 1932 wurde diese Ehe geschieden. Die 1933 mit einem deutschen Staatsangehörigen geschlossene zweite Ehe wurde durch Urteil vom 24. Juli 1936 für nichtig erklärt. Diese Eheschließung hatte daher einen (Rück-)Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht bewirken können. Das portugiesische Konsulat nimmt den Standpunkt ein, dass Frau R. durch die (zweite) Eheschließung mit einem Deutschen die portugiesische Staatsangehörigkeit wieder verloren habe. Sie ist damit als staatenlos zu betrachten. Die Wiedereinbürgerung wird in Frage gestellt durch die erste Ehe mit einem Juden. Es wird die Frage erörtert, ob die Antragstellerin durch die Ausübung des Geschlechtsverkehrs mit einem Juden, auch wenn diesem keine Kinder entsprungen seien, "rassisch verdorben" und für etwaige spätere Hervorbringung arischer Nachkommen ungeeignet sei. Passagen aus dem Nichtigkeitsurteil der zweiten Ehe werden gegen Frau R. verwendet: Danach soll sie (u. a.) durch die erste Ehe "Hinneigung zum Judentum gezeigt haben" und "ihrem innersten Wesen nach gegen eine ordnungsmäßige, deutschem gesundem Empfinden entsprechende Ehe überhaupt eingestellt" gewesen sein.

Der Reichsminister des Innern ordnet zunächst die Ablehnung des Antrages an. Nach Fürsprache einer prominenten Verwandten, die im NS-Filmgeschäft eine herausragende Funktion hat, stimmt er der Einbürgerung zu.



# Hannah Arendt

## Eine jüdische Publizistin und Gelehrte deutscher Herkunft

**Hannah Arendt**

Hannah Arendt (\* 14. Oktober 1906 in Linden, heute Teil von Hannover; † 4. Dezember 1975 in New York City; eigentlich Johanna Arendt) war eine jüdische, deutsch-amerikanische Publizistin und Gelehrte.

**1934-1935** Flucht aus Deutschland. Arendt emigriert nach Frankreich.

**1933-1934** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1935** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1937** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1941-1942** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1943** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1944** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1945** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1946** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1947** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1948** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1949** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1950** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1951** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1952** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1953** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1954** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1955** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1956** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1957** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1958** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1959** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1960** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1961** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1962** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1963** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1964** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1965** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1966** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1967** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1968** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1969** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1970** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

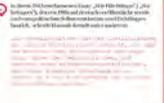
**1971** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1972** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1973** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1974** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".

**1975** Arendt verfasst die ersten Artikel für die Zeitschrift "Die Welt".



Hannah Arendt (\* 14. Oktober 1906 in Linden, heute Teil von Hannover; † 4. Dezember 1975 in New York City; eigentlich Johanna Arendt) war eine jüdische, deutsch-amerikanische Publizistin und Gelehrte.

Als die Nationalsozialisten 1933 in Deutschland die Macht übernehmen, stellt Hannah Arendt Flüchtlingen ihre Wohnung in Berlin als Zwischenstation zur Verfügung. Wegen ihrer illegalen Tätigkeit für die "Zionistische Vereinigung für Deutschland" wird sie im gleichen Jahr verhaftet, aber nach kurzem Gefängnisaufenthalt wieder freigelassen.

Die Entrechtung und Verfolgung von Menschen jüdischer Abstammung sowie ihre eigene Inhaftierung veranlassten sie zur Auswanderung aus Deutschland. Vom nationalsozialistischen Regime 1937 ausgebürgert, war sie Staatenlose bis sie 1951 die Staatsbürgerschaft der USA erhielt.

# Willy Brandt

## Vorkämpfer für Frieden und Demokratie

### Herbert Ernst Karl Frahm / Willy Brandt

Willy Brandt (\* 18. Dezember 1913 in Lübeck; † 8. Oktober 1992 in Unkel am Rhein; Geburtsname Herbert Ernst Karl Frahm) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker, der für die Entspannungspolitik und die Förderung der Demokratie in Ostdeutschland bekannt ist.

1933: Nach der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland flüchtet Brandt vor nationalsozialistischer Verfolgung über Dänemark nach Norwegen. In Norwegen nimmt er den Namen „Willy Brandt“ an.

1938: Am 5. September 1938 wird die deutsche Staatsangehörigkeit von Willy Brandt entzogen. Die Entscheidung wird im Reichsanzeiger veröffentlicht.

1948: Am 1. Juli 1948 wird Willy Brandt wieder deutscher Staatsbürger. Offiziell trägt er noch immer seinen Geburtsnamen „Herbert Ernst Karl Frahm“, allerdings ist auf der Einbürgerungs-urkunde bereits der Zusatz „genannt Willy Brandt“ zu finden.

1949: Am 11. August 1949 wird die Einbürgerung von Willy Brandt durch den Berliner Polizeipräsidenten genehmigt.



### 1948: W. Brandt wieder deutscher Staatsbürger

Am 1. Juli 1948 wird Willy Brandt wieder deutscher Staatsbürger. Offiziell trägt er noch immer seinen Geburtsnamen „Herbert Ernst Karl Frahm“, allerdings ist auf der Einbürgerungs-urkunde bereits der Zusatz „genannt Willy Brandt“ zu finden.



Willy Brandt (\* 18. Dezember 1913 in Lübeck; † 8. Oktober 1992 in Unkel am Rhein; Geburtsname Herbert Ernst Karl Frahm) war ein deutscher sozialdemokratischer Politiker. Für seine Ostpolitik, die auf Entspannung und Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten ausgerichtet war, erhielt er am 10. Dezember 1971 den Friedensnobelpreis.

Im Jahre 1933 flüchtet er vor nationalsozialistischer Verfolgung über Dänemark nach Norwegen. Herbert Ernst Karl Frahm nennt sich fortan Willy Brandt.

Im Jahre 1938 wird Willy Brandt - wie vielen Tausenden anderen Emigranten - von den Nationalsozialisten die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen. Von seiner Ausbürgerung erfährt er durch die Verkündung im Reichsanzeiger vom 5. September 1938. Willy Brandt ist staatenlos geworden. Er fasst daher den Entschluss, Antrag auf Einbürgerung in Norwegen zu stellen.

Am 1. Juli 1948 wird Willy Brandt wieder deutscher Staatsbürger. Offiziell trägt er noch immer seinen Geburtsnamen "Herbert Ernst Karl Frahm", allerdings ist auf der Einbürgerungs-urkunde bereits der Zusatz "genannt Willy Brandt" zu finden. Da Brandt in Lübeck geboren ist, wird das Dokument in Kiel von der Landesregierung Schleswig-Holsteins ausgestellt. Der Name Willy Brandt, den er seit seiner Flucht aus Deutschland im Jahr 1933 trägt, wird am 11. August 1949 vom Berliner Polizeipräsidenten auch formell genehmigt.

# Else Lasker-Schüler

“..versuchte sie, den seelischen und moralischen Wert der deutschen Frau verächtlich zu machen..”

The image shows a page from a book or document titled "Else Lasker-Schüler". On the right side, there is a black and white portrait of Else Lasker-Schüler. Below the portrait is a caption: "Else Lasker-Schüler". To the left of the portrait is a list of dates and events, starting from 1895 and ending in 1945. The text is in German and provides a chronological overview of her life and work. At the bottom of the page, there is a small table with columns for dates and descriptions of events.

Else Lasker-Schüler (eigentlich: Elisabeth Lasker-Schüler) (\* 11 . Februar 1869 in Elberfeld (heute Wuppertal); † 22 . Januar 1945 in Jerusalem) war eine deutsche Dichterin jüdischen Glaubens.

1932 erhält sie den Kleist-Preis für ihr Gesamtwerk. Der “Völkische Beobachter” nennt sie “die Tochter eines Beduinenscheichs” und kritisiert die Verleihung des Preises auf das Schärfste.

Nach tätlichen Angriffen auf offener Straße und angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung flieht die 64jährige am 19. April 1933 in die Schweiz .

1937 werden ihre Bilder, zusammen mit anderen Kunstwerken aus dem Bestand der Berliner Nationalgalerie als “entartet” entfernt.

Der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt durch Bekanntmachung vom 24. September 1938, veröffentlicht in der Nr. 224 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 26. September 1938.

In einem Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an den Reichsführer SS heißt es:

*“Die jüdische Emigrantin Else Lasker besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie war die typische Vertreterin der in der Nachkriegszeit in Erscheinung getretenen »emanzipierten Frauen«. Durch Vorträge und Schriften versuchte sie, den seelischen und moralischen Wert der deutschen Frau verächtlich zu machen. ”*

# keine Ausnahmegewilligungen

“Der Führer ist der Ansicht, dass gnadenweise Befreiungen ... ausnahmslos abzulehnen sind.”



## Reisepässe für Juden

Die deutschen Reisepässe wurden am 5. Oktober 1938 durch die “Verordnung über Reisepässe für Juden” ungültig und mussten abgeliefert werden. Sie wurden mit einem roten “J”-Stempel gekennzeichnet.

## Änderung der Familiennamen und Vornamen

Die “Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen” vom 17. August 1938 hatte nach den Vorstellungen des Nationalsozialismus im Deutschen Reich das Ziel, deutsche Juden anhand eines engen Namenskatasters bereits an ihrem Vornamen kenntlich zu machen. Diese Juden wurden zwangsweise verpflichtet, einen weiteren Vornamen anzunehmen. Für Männer war dies “Israel”, für Frauen “Sara”. Die Betroffenen hatten einen Monat Zeit, diese Änderung beim zuständigen Standesamt sowie bei der betreffenden Ortspolizei anzuzeigen. Die Verordnung trat am 1. Januar 1939 in Kraft. Sie ist ein Vorläufer des Judensterns in dem ideologischen Bestreben, Juden für jeden öffentlich zu kennzeichnen.

“Der Führer ist der Ansicht, dass gnadenweise Befreiungen von diesen Vorschriften ausnahmslos abzulehnen sind.”

# Carl Zuckmayer

## Als "jüdischer Asphaltliterat" diffamiert

**■ Carl Zuckmayer**

Carl Zuckmayer (\* 27. Dezember 1896 in Nackenheim, Rheinhessen; † 18. Januar 1977 in Visp, Schweiz) war ein deutscher Schriftsteller.

1924-1927: In den Jahren 1924 bis 1927 war Zuckmayer als Dramaturg am Theater in Berlin tätig. 1925 wurde er zum Reichsausschuss für Theaterwesen ernannt. 1926 wurde er zum Reichsausschuss für Theaterwesen ernannt. 1927 wurde er zum Reichsausschuss für Theaterwesen ernannt.

1931: In der Komödie "Der Hauptmann von Köpenick" polemisierte Zuckmayer den preußischen Kadavergehorsam, die übertriebene wilhelminische Uniformverehrung und die Militärbürokratie. Der Völkische Beobachter verleumdete das Stück allerdings, da den Nazis die antimilitaristische Tendenz zuwider war, als "Rinnsteinliteratur eines Halbjuden".

1933: Als "jüdischer Asphaltliterat" diffamiert, drohte seinen Stücken schon bald nach der "Macht-ergreifung" 1933 Aufführungsverbot. Nach dem Reichstagsbrand flüchtete er ins Exil.

1938: Unmittelbar nach dem "Anschluss" Österreichs im März 1938 und der kurz darauf erfolgten Beschlagnahmung seines Hauses durch die Gestapo emigrierte Zuckmayer mit seiner Familie zunächst in die Schweiz und später über Kuba in die Vereinigten Staaten.

1938: Am 31. Dezember 1938 waren Zuckmayers seit 1936 in Wien verlegten Bücher, die zuvor schon als "im Deutschen Reich unerwünscht" galten, auf der Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums erschienen, was einem Gesamtverbot gleichkam.

1939: Im Mai 1939 wurde Carl Zuckmayer und seiner Familie zudem die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

Carl Zuckmayer (\* 27. Dezember 1896 in Nackenheim, Rheinhessen; † 18. Januar 1977 in Visp, Schweiz) war ein deutscher Schriftsteller.

In der Komödie "Der Hauptmann von Köpenick" (1931) polemisierte Zuckmayer den preußischen Kadavergehorsam, die übertriebene wilhelminische Uniformverehrung und die Militärbürokratie. Der Völkische Beobachter verleumdete das Stück allerdings, da den Nazis die antimilitaristische Tendenz zuwider war, als "Rinnsteinliteratur eines Halbjuden".

Als "jüdischer Asphaltliterat" diffamiert, drohte seinen Stücken schon bald nach der "Macht-ergreifung" 1933 Aufführungsverbot. Nach dem Reichstagsbrand flüchtete er ins Exil.

Unmittelbar nach dem "Anschluss" Österreichs im März 1938 und der kurz darauf erfolgten Beschlagnahmung seines Hauses durch die Gestapo emigrierte Zuckmayer mit seiner Familie zunächst in die Schweiz und später über Kuba in die Vereinigten Staaten.

Am 31. Dezember 1938 waren Zuckmayers seit 1936 in Wien verlegten Bücher, die zuvor schon als "im Deutschen Reich unerwünscht" galten, auf der Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums erschienen, was einem Gesamtverbot gleichkam.

Im Mai 1939 wurde Carl Zuckmayer und seiner Familie zudem die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt.

# Herbert Wehner

## Kommunisten und Sozialdemokraten galten als Staatsfeinde

**Herbert Wehner**

Herbert Richard Wehner (\* 11. Juli 1906 in Dresden; † 19. Januar 1990 in Bonn), ein deutscher Politiker. Er war von 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, anschließend bis 1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

1927 Eintritt in die kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

1933-1934 Wehner verliert seinen Arbeitsplatz bei der KPD in Berlin, da seine Mitgliedschaft in der Partei als Verstoß gegen die Reichstagsbrandverordnung angesehen wird.

1935-1937 Wehner emigriert nach Frankreich, wo er Mitglied der KPD-Fraktion wird.

1939-1940 Wehner wird in Frankreich verhaftet und in ein Lager für politische Flüchtlinge interniert.

1946 Wehner kehrt nach Deutschland zurück und tritt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bei.

1949-1950 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1950-1951 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1951-1952 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1952-1953 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1953-1954 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1954-1955 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1955-1956 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1956-1957 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1957-1958 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1958-1959 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1959-1960 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1960-1961 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1961-1962 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1962-1963 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1963-1964 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1964-1965 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1965-1966 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1966-1967 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1967-1968 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1968-1969 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1969-1970 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1970-1971 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1971-1972 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1972-1973 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1973-1974 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1974-1975 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1975-1976 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1976-1977 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1977-1978 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1978-1979 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1979-1980 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1980-1981 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1981-1982 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1982-1983 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1983-1984 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1984-1985 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1985-1986 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1986-1987 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1987-1988 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1988-1989 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

1989-1990 Wehner wird zum Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag ernannt.

Herbert Richard Wehner (\* 11. Juli 1906 in Dresden; † 19. Januar 1990 in Bonn), ein deutscher Politiker. Er war von 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, anschließend bis 1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Nationalsozialisten zählten Kommunisten und Sozialdemokraten zu ihren Hauptfeinden. Legitimiert wurde die systematische Verfolgung seitens der Regierung durch die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, welche die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) als staatsfeindlich darstellte und Versammlungen und deren Publikationen verbot.

Viele ihrer Anhänger wurden verhaftet. Wehner - seit 1927 Mitglied der KPD - entgeht wiederholt nur knapp der Verhaftung und flüchtet 1935 ins Exil.

Im Juni 1939 erfolgte die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft durch die Nationalsozialisten.

Nach der Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1946 tritt Wehner der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bei.

# Gesuch eines Bürgers

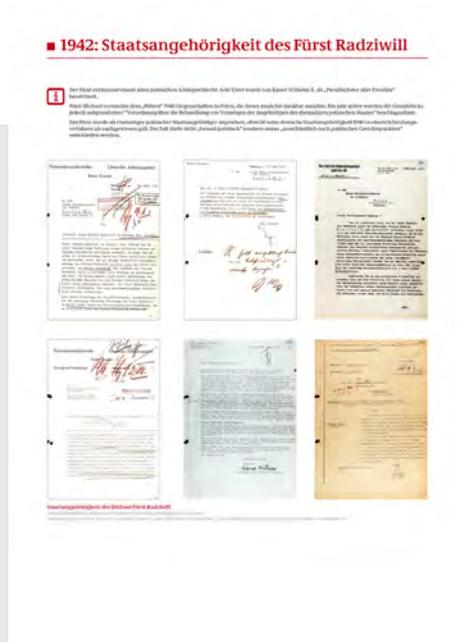
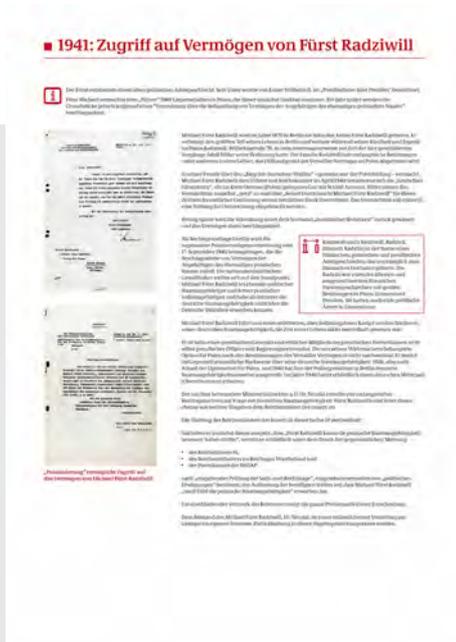
“... ich appelliere daher an die Mildtätigkeit Eurer Exzellenz...”



Dem Kind einer polnischen Mutter, das ein Vierteljahrhundert lang bei deutschen Pflegeeltern lebte, droht die Ausweisung. Der Brief des verzweifelten Pflegevaters an den Reichskanzler Adolf Hitler vom 25. Februar 1939 zeigt, welche Tragik die sogenannten “Nürnberger Gesetze” (u. a. das Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Volkes und der deutschen Ehre (“Blutschutzgesetz”) vom 15. September 1935) ausgelöst haben.

# Fürst Radziwill

“Der Fall ... müsse ‘ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten’ entschieden werden.”



## Zugriff auf Vermögen von Fürst Radziwill

Der Fürst entstammt einem alten polnischen Adelsgeschlecht. Sein Vater wurde von Kaiser Wilhelm II. als “Preußischster aller Preußen” bezeichnet.

Fürst Michael vermachte dem “Führer” 1940 Liegenschaften in Polen, die dieser zunächst dankbar annimmt. Ein Jahr später werden die Grundstücke jedoch aufgrund einer “Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates” beschlagnahmt.

## Staatsangehörigkeit des Fürst Radziwill

Der Fürst wurde als ehemaliger polnischer Staatsangehöriger angesehen, obwohl seine deutsche Staatsangehörigkeit 1940 in einem Scheidungsverfahren als nachgewiesen galt. Der Fall dürfe nicht “formal-juristisch” sondern müsse “ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten” entschieden werden.



# Lilian Harvey

## Sie verhalf jüdischen Künstlerfreunden zur Flucht

**Lilian Harvey**

**Lilian Harvey** (bürgerlicher Name Lilian Helen Muriel Pape, \* 19. Januar 1906 in London; † 27. Juli 1968 in Juan-les-Pins, Frankreich), eine britisch-deutsche Schauspielerin, Sängerin und Tänzerin.

1937: Harvey verhalf dem inhaftierten Choreographen Jens Keith aus dem Gefängnis und hilft ihm anschließend bei der Flucht in die Schweiz. Daraufhin wird sie von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) vernommen und überwacht. Sie legt bei Joseph Goebbels Beschwerde ein und wird nicht weiter behelligt, allerdings gilt sie dem NS-Regime zunehmend als unzuverlässig. Da sie jüdische Kollegen weiterhin bei sich zu Hause empfängt, erhält sie anonyme Drohbriefe. Sie emigrierte nach Frankreich und muss dabei den größten Teil ihres Vermögens zurücklassen.

1943: Am 4. Februar 1943 erfolgte die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft wegen "volks- und staatsfeindlichen Verhaltens". Parallel dazu beschlagnahmt das NS-Regime ihr Millionenvermögen. Ihr Name wurde totgeschwiegen, ihre Filme werden verboten.

1948: Lilian Harvey verstarb am 27. Juli 1968 in Juan-les-Pins, Frankreich, an einem Herz-Kreislauferkrankung. Sie wurde in der Familiengruft in der Friedhof von St. Pierre in London beigesetzt.



Lilian Harvey (bürgerlicher Name Lilian Helen Muriel Pape, \* 19. Januar 1906 in London; † 27. Juli 1968 in Juan-les-Pins, Frankreich), eine britisch-deutsche Schauspielerin, Sängerin und Tänzerin.

Anfang 1937 verhilft Harvey dem inhaftierten Choreographen Jens Keith aus dem Gefängnis und hilft ihm anschließend bei der Flucht in die Schweiz. Daraufhin wird sie von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) vernommen und überwacht. Sie legt bei Joseph Goebbels Beschwerde ein und wird nicht weiter behelligt, allerdings gilt sie dem NS-Regime zunehmend als unzuverlässig. Da sie jüdische Kollegen weiterhin bei sich zu Hause empfängt, erhält sie anonyme Drohbriefe. Sie emigrierte nach Frankreich und muss dabei den größten Teil ihres Vermögens zurücklassen.

Am 4. Februar 1943 erfolgte die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft wegen "volks- und staatsfeindlichen Verhaltens". Parallel dazu beschlagnahmt das NS-Regime ihr Millionenvermögen. Ihr Name wurde totgeschwiegen, ihre Filme werden verboten.

# Einbürgerung auf Anordnung

“ohne weitere Erörterungen”



Im Oktober 1944 ordnet der Reichsführer-SS die Einbürgerung einer Niederländerin und ihres nichtehelichen Sohnes an, der im Februar 1944 in der “Lebensborn-Anlage SS-Mütterheim Hochland” geboren ist. Er bittet das Reichssicherheitshauptamt um Ausfertigung der Einbürgerungsurkunden.

Die Niederländerin ist dem Reichsführer-SS persönlich bekannt. Der Vater des Kindes soll ein SS-Führer sein, dessen Vaterschaftsanerkentnis und Abstammungsnachweis vom Reichsführer-SS persönlich verwahrt werden.

Da das Reichssicherheitshauptamt selbst nicht in der Lage ist, Einbürgerungsurkunden zu fertigen, bittet es die Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt, “ohne weitere Erörterungen” die Einbürgerungsurkunden zu erstellen.

Bereits am 13. November 1944 werden die ausgefertigten Urkunden ohne jede Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen einer Einbürgerung dem Reichssicherheitshauptamt und von dort am 15. November 1944 dem Reichsführer-SS mit der Bitte um Aushändigung zugeleitet.

Die sonst zu informierenden Verwaltungsbehörden werden an diesem Vorgang nicht beteiligt.

# unerwünschter Volkszuwachs

Mit den “Volksdeutschen” sollten die westlichen Regionen des besetzten Polen “germanisiert” werden



In den Planungen zur “Germanisierung” Osteuropas spielten die “Volksdeutschen” eine Schlüsselrolle – allerdings nur, wenn sie “rassisch erwünscht” und politisch unbedenklich waren.

Hitler und Stalin hatten in einem Abkommen 1939 die räumlichen Interessen Deutschlands und der Sowjetunion voneinander abgegrenzt. Nun begannen die Nationalsozialisten, die seit Jahrhunderten über Osteuropa verstreut siedelnden Deutschen “heim ins Reich” zu holen. Mit diesen “Volksdeutschen” sollten die westlichen Regionen des besetzten Polen “germanisiert” werden. Im Januar 1944 lebten in den annektierten Teilen Westpolens 353.000 “Volks-” und 370.000 “Reichsdeutsche”. Bedingt durch den deutschen Rückzug aus der Sowjetunion wurden bis Ende 1944 weitere 250.000 “Rußlandumsiedler” in den “Warthegau” transportiert. Innerhalb der polnischen Bevölkerung suchten die Nationalsozialisten nach “deutschem Blut”. Bis 1944 teilten sie 2,8 Millionen Menschen nach den Kategorien der “Deutschen Volksliste” in mehr oder minder “eindeutschungsfähig” ein. Da nur “guttrassige” Individuen als deutsche Siedler in Frage kamen, überprüften die Rassenexperten der SS bis Ende 1944 in ganz Europa etwa 1,2 Millionen “Volksdeutsche” sowie 1,5 Millionen “Fremdvölkische” auf ihren “rassischen Wert”. Auf der Grundlage dieser Erhebungen wurde dann an- und umgesiedelt, vertrieben und gemordet.

Diese Tafel zeigt fünf Einzelfälle, in denen eine Einbürgerung aus den verschiedensten Gründen abgelehnt wurde.



Die Nationalsozialisten machten auch vor Prominenten nicht halt. Willy Brandt, Bertolt Brecht, Albert Einstein, Thomas Mann, Kurt Tucholsky, Herbert Wehner und viele andere wurden wegen ihrer kritischen Einstellung zum Regime, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung ausgebürgert. Die Ausstellung "Menschenschicksale" zeigt folgende Einzelfälle:



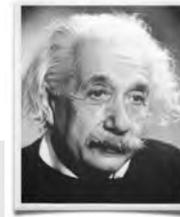
H. Arendt



W. Brandt



B. Brecht



A. Einstein



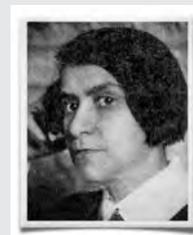
L. Feuchtwanger



L. Harvey



H. Imbusch



E. Lasker-Schüler



T. Mann



W. Pieck



P. Scheidemann



K. Tucholsky



H. Wehner



O. Wels



C. Zuckmayer

#### Quellenhinweis

Die in dieser Ausstellung gezeigten Dokumente und Texte stammen u. a. aus den durch die Alliierten beschlagnahmten Akten des Reichsinnenministerium bzw. allgemein zugänglichen Quellen. Unser Dank gilt hier insbesondere dem Bundesarchiv, der Deutschen Welle, der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, dem Projekt „Mensch Einstein“ des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), dem Archiv der Universität Bonn, der Universitäts- und Landesbibliothek Münster, der University of Southern California (Exile Studies Librarian) und der freie Enzyklopädie Wikipedia für die freundliche Unterstützung.